

Parlamentarischer Anlass "Personalengpass in der Alterspflege" : Lobbying für gute Pflege und Betreuung

Autor(en): **Müller, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **80 (2009)**

Heft 7-8: **Garten : Lebensraum, Therapieort, Pflanzenlieferant**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-804927>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Parlamentarischer Anlass «Personalengpass in der Alterspflege»

Lobbying für gute Pflege und Betreuung

Curaviva Schweiz und Pro Senectute Schweiz bauen ihre Kooperation auf der Ebene des politischen Lobbyings weiter aus. In der Sommersession 2009 wurde der parlamentarische Anlass der Gruppe für Altersfragen erstmals gemeinsam durchgeführt.

Matthias Müller

Die schockierenden Übergriffe des Personals gegen Bewohnerinnen und Bewohner im zürcherischen «Entlisberg» beschäftigten im Frühling dieses Jahres auch die Gemüter in Bundesbern. Stress am Arbeitsplatz war im «Entlisberg» zwar nicht der Grund für die groben Verfehlungen des Personals. In andern Situationen ist Personalmangel und der damit zusammenhängende Zeitdruck allerdings durchaus ein Risikofaktor, der Gewalt fördert, erklärte Albert Dubois am parlamentarischen Anlass, der während der Sommersession der eidgenössischen Räte in Bern stattfand. Dubois ist Präsident von Alter Ego, dem Verband zur Verhinderung von Gewalt gegenüber Menschen im Alter, und hielt das Einstiegsreferat am Anlass, den Pro Senectute Schweiz erstmals gemeinsam mit Curaviva Schweiz durchführte.

Das Thema Personalnotstand und die möglichen Folgen waren für Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch einige Monate nach «Entlisberg» von Interesse. Immerhin acht Volksvertreter trafen sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Curaviva Schweiz, Pro Senectute Schweiz, des Schweizerischen Seniorenrates, des Schweizerischen Roten Kreuzes sowie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesverwaltung. «Nicht jeder Anlass kann so viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier begrüßen. Es kommt nicht selten vor, dass nur ein oder zwei Ratsvertreterinnen oder Ratsvertreter vorbeischauen», weiss Marc Stucki, der Informationschef der Parlamentsdienste. Ob sich eine Veran-

staltung im Wettbewerb der rund 30 pro Session stattfindenden parlamentarischen Anlässe behaupten kann, hänge nicht zuletzt von der Brisanz der Themen und der Attraktivität der Referentinnen und Referenten ab.

Risikofaktoren für Gewalt

«Jährlich werden 70 000 ältere Menschen in der Schweiz Opfer von Gewalt», sagte Dubois. Das Spektrum reiche dabei von körperlicher- und psychischer Gewalt bis hin zu materieller Ausbeutung und Vernachlässigung. Die überwiegende Mehrheit dieser Fälle ereigne sich in den eigenen vier Wänden. Kommt es in Heimen zu Gewalt, hänge das unter anderem mit Stress am Arbeitsplatz, mangelhafter Ausbildung oder mit Aggressionen, die von Bewohnerinnen und Bewohner ausgehen, zusammen, erklärte Dubois. Treten mehrere dieser Risikofaktoren gleichzeitig auf, steige die Gefahr gewalttätiger Übergriffe rapide an. Dass sich das Problem alleine aufgrund der demografischen Entwicklung noch verschärfen könnte, wurde im Referat von Héléne Jaccard Ruedin vom Gesundheitsobservatorium OBSAN deutlich. Im Jahr 2020 seien rund 1.6 Millionen Menschen in der Schweiz mindestens 65 Jahre alt, das bedeutet einen Anstieg von 400 000 gegenüber 2006. Jaccard Ruedin geht deshalb davon aus, dass bis in gut 10 Jahren knapp 20 000 neue Arbeitskräfte alleine in Alters- und Pflegeheimen nötig sind, um auf heutigem Niveau hilfsbedürftige Menschen zu pflegen und zu betreuen. Alleine durch Rekrutierungen im Ausland lasse sich dieser Bedarf nicht decken. Vielmehr bedürfe es Massnahmen auf allen Ebenen.

«Kein Aktionismus»

Damit sprach die stellvertretende OBSAN-Leiterin unter anderen das Bundesamt für Berufstechnologie BBT an. Der Leiter des BBT-Rechtsdienstes, Thomas Baumeler, erläuterte die wichtigsten Aufgaben und die Schwerpunkte des BBT. Insbesondere die optimale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und den Orga-



Foto: Matthias Müller

Monika Weder, Leiterin Curaviva-Bildung, erklärt die Bildungs-Aktivitäten ihres Verbandes. Am Tisch sitzen (von links nach rechts) die Nationalräte Eric Voruz (SP, VD), Ricardo Lumengo (SP, BE), Marie-Thérèse Weber-Gobet (CSP, FR) und Thomas Weibel (glp, ZH).

nisationen der Arbeitswelt steht gemäss Baumeler im Zentrum der Arbeit. «Die Zusammenarbeit läuft sehr gut.» Das BBT ist seit Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes im Jahr 2004 für die Regelung der eidgenössischen Berufsabschlüsse auf sämtlichen Bildungsstufen zuständig. Seither wurden für alle Bildungsstufen einheitliche Ausbildungsgänge und Abschlüsse definiert. Diese würden laufend weiterentwickelt, so Baumeler weiter. Der Schwerpunkt der BBT-Arbeit richte sich immer nach den Bedürfnissen der Praxis. Annette Grünig, Projektleiterin Bildung und Gesundheitsversorgung bei der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, stellte in ihrem Beitrag unter anderem einen nationalen Versorgungsbericht in Aussicht, der voraussichtlich per Ende Jahr den genauen Personalbedarf aufzeigen werde. Der Bericht soll sowohl für die Kantone wie auch für die Betriebe die Grundlage legen, um auf die Bedürfnisse in der Personalentwicklung und -sicherung angemessen reagieren zu können. Grünig betonte, dass auch sie Handlungsbedarf sehe. Nichtsdestotrotz plädierte sie dafür, nicht in Aktionismus zu verfallen.

Heime übernehmen Verantwortung

Die Leiterin des Geschäftsbereichs Bildung von Curaviva Schweiz, Monika Weder, beschrieb in ihrem Referat, inwiefern der Branchenverband der Heime und Institutionen selber Verantwortung übernimmt. Bei Curaviva Bildung existieren eine Reihe von Aus- und Weiterbildungsprogrammen, in deren Rahmen für fast sämtliche Heimberufe Bildungsangebote existieren – insbesondere im Bereich der Alters- und Pflegeheime. Damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen sich im benötigten Rahmen qualifizieren lassen können, brauche es allerdings zusätzliche finanzielle Mittel von Bund, Kantonen und Gemeinden. «Damit würde ein weiterer Beitrag zur Sicherung des Personalbestands der Heime geleistet», sagt Weder. In diesem Zusammenhang sei auch wichtig, dass Curaviva zusätzliche eidgenössische Abschlüsse, insbesondere in der Langzeitpflege und -betreuung, entwickelt.

nössische Abschlüsse, insbesondere in der Langzeitpflege und -betreuung, entwickelt.

Nutzen parlamentarischer Anlässe

Lohnen sich parlamentarische Anlässe für die Veranstalter? Sind deren Prioritäten nach dem Anlass mindestens zu einem Stück weit auch die Prioritäten der teilnehmenden Politikerinnen und Politiker? Stucki von den Parlamentsdiensten äussert sich dazu differenziert: «Kurzfristig glaube ich nicht, dass solche Anlässe etwas bewirken. Es lohnt sich kaum, aktuelle Ratsgeschäfte zu besprechen. Denn zu diesem Zeitpunkt sind die Meinungen in der Regel bereits gemacht. Mittel- und langfristig zeigen transparente Informationen allerdings durchaus Wirkung. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden für bestimmte Themen sensibilisiert. Gilt es später Entscheide zu diesen Themen zu fällen, sind diese Informationen im Hinterkopf.»

Dass solche Informationen zur Sensibilisierung für bestimmte Herausforderungen beitragen, zeigte die anschliessende rege Diskussion, an der sich Vertreterinnen und Vertreter aller politischen Lager beteiligten. So zeigte sich etwa CSP-Nationalrätin Marie-Thérèse Weber-Gobet «schockiert über die Tragweite des erwarteten Personalmangels». Der Vertreter der Grünliberalen Partei, Thomas Weibel, sorgte sich darum, dass die Ausbildungsgänge für Pflege- und Betreuungsberufe «verakademisiert» würden. SP-Nationalrat Ricardo Lumengo wollte von Albert Dubois wissen, ob die zunehmende kulturelle Durchmischung ebenfalls Gewalt fördere. Isoliert betrachtet, sei das nicht der Fall. In Kombination mit andern Risikofaktoren allerdings schon, so Dubois.

Die Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für Altersfragen, SP-Nationalrätin Bea Heim, zeigte sich mit dem Anlass sehr zufrieden. Insbesondere damit, dass Pro Senectute den Parlamentarieranlass neu gemeinsam mit Curaviva ausrichtet. «Treten die beiden Verbände gemeinsam auf, erhöht das die Chancen auf politische Erfolge.»